

ANTRAG

der Abgeordneten Findeis, Antoni, Kernstock, Onodi, Jahrmann, Thumpser und Razborcan

zum Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Findeis u.a. betreffend Sicherheitslage in Niederösterreich – Unterstützung der hervorragenden Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten, Ltg.-466-1/A-3/18 und Ltg.-476-1/A-3/20,

betreffend Verbesserung der Stellung von Sicherheitswachebeamten gegenüber Medien nach einem dienstlich verursachten Waffengebrauch

Die derzeitige Rechtslage sieht vor, dass die Ausübung von polizeilichen Zwangsmaßnahmen durch das Sicherheitspolizeigesetz (SPG) und die Strafprozessordnung (StPO) geregelt wird.

Nur für den Fall des Gebrauches einer Dienstwaffe, wie insbesondere der Dienstpistole aber auch des Pfeffersprays, des Schlagstocks etc., gelten die Bestimmungen des Waffengebrauchsgesetzes 1969 (WaffGG 1969). Hier wird der mit Lebensgefahr verbundene Gebrauch einer Dienstwaffe in den §§ 7 und 8 geregelt.

Die angeführten Paragraphen regeln:

- das Notwehrrecht des Beamten,
- die Aufgabe zur Unterdrückung eines Aufstandes oder Aufruhrs und
- das Recht, eine Festnahme zu erzwingen.

Diese Bestimmungen sind der Europäischen Menschenrechtskonvention nachgebildet, die auch die unbedingt erforderliche Gewaltanwendung regelt, um eine ordnungsgemäße Festnahme durchführen zu können oder das Entkommen einer ordnungsgemäß festgehaltenen Person zu verhindern.

Naturgemäß sind Polizeibeamte nach einem Waffengebrauch aus dem Blickfeld der Medien zu halten. Die Medien richten daher in der Folge ihre Fragen an die Vorgesetzten, Dienstbehörden oder Pressesprecher. Diese sind jedoch an das Amtsge-

heimnis gebunden und dürfen auch den Entscheidungen der Staatsanwaltschaften und Gerichte nicht vorgeifen.

Daher sind die Stellungnahmen von Seite der Polizei oft nur sehr eingeschränkt möglich und erwecken in der Öffentlichkeit den Anschein des „Mauerns“, während die Opfer und deren Anwälte umfassend ihre Ausführungen ausbreiten können. Da die Angaben der Polizei nur sehr eingeschränkt möglich sind, stürzen sich die Medien auf die Ausführungen der Betroffenen bzw. deren Rechtsvertreter, sodass häufig in der Öffentlichkeit ein einseitiges Bild entsteht, das oft für die Exekutive ungünstig erscheint.

Für Polizeibeamte ist es natürlich notwendig, dass sie nach einem dienstlichen Waffengebrauch vor den Medien geschützt und sie sowie ihr privates Umfeld nicht an die Öffentlichkeit gezerrt werden. Zuwiderhandlungen der Medien sollten in derartigen Fällen auch entsprechend geahndet werden.

Gleichzeitig sollten Möglichkeiten geschaffen werden, dass Pressesprecher der Polizei in Abstimmung mit den Staatsanwaltschaften und Gerichten das notwendige Pouvoir bekommen, um auf publizierte Angriffe auch mit entsprechenden Inhalten antworten zu können und sich nicht wie derzeit immer auf den Standardsatz: „Die Entscheidungen der unabhängigen Gerichte sind abzuwarten!“ zurückziehen müssen.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g:

Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert:

bei der Bundesregierung darauf zu drängen,

- dass Polizeibeamte und deren Familien nach einem dienstlich verursachten Waffengebrauch besser vor den Medien abgeschirmt werden können und

- dass im Zusammenwirken mit den Staatsanwaltschaften und Gerichten Möglichkeiten gefunden werden, um im Informationsangebot über dienstlich verursachten Waffengebrauch gegenüber den Medien „Chancengleichheit“ zwischen Sicherheitsbehörden und Tätern herzustellen.